



Petition 70153

Sozialgerichtsbarkeit - Verkürzung der im § 88 Sozialgerichtsgesetz vorgesehenen Fristen auf zwei Monate

Text der Petition	Änderung der Wartefristen bis zur Zulässigkeit der Untätigkeitsklage nach § 88 SGG auf eine Frist von jeweils 2 Monaten.
Begründung	<p>Die oft knappen Sozialleistungsbeträge rechtfertigen nicht, dass eine Behörde die Fristen von 6 Monaten bis zum Erlass eines Verwaltungsaktes und von 3 Monaten bis zum Erlass eines Widerspruchsbescheides beliebig ausreizen kann, ohne dass es dem Sozialleistungsberechtigten möglich ist, Klage wegen Untätigkeit zu erheben.</p> <p>Zwischenzeitlich wird dies sogar prozesstaktisch genutzt, um dem Sozialleistungsberechtigten die Leistungen zu entziehen, soweit Anträge durch ein Sozialgericht durch Aufheben und Abändern von Verwaltungsakten zugunsten des Leistungsempfängers bearbeitet werden.</p> <p>Es erfolgen dann keine schriftlichen Bescheide der Behörde mehr oder zumindest nicht bis zum Ablauf der Klagefristen nach § 88 SGG.</p> <p>Wegen der existenziellen Natur dieser Anträge sollten die dort enthaltenen Fristen auf die Dauer von jeweils 2 Monaten gekürzt werden.</p>